



Arbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände der gesetzlichen Krankenkassen

P R E S S E M I T T E I L U N G

Arzneihersteller zahlt Prämien für Medikamenteneinsatz

Ärzte, Kassen und Verbraucher sagen „nein!“ zu Vertriebsmethoden von Novo Nordisk

Berlin, 07. Mai 2008 – Die Marketingstrategien der Pharmaindustrie werden immer ausgefeilter. Statt in teure Werbekampagnen zu investieren, setzen viele Arzneimittelhersteller in jüngster Zeit verstärkt auf das Direktmarketing beim Arzt. Aktuelles Beispiel: die Pharmafirma Novo Nordisk. Sie bietet Ärzten so genannte „Forschungsvorhaben“ an. Durch vertraglich fixierte hohe Geldzahlungen wird versucht, Ärzte zum Verschreiben eines neuen Arzneimittels zu bewegen. Die Spitzenverbände der gesetzlichen Krankenkassen und die Kassenärztliche Bundesvereinigung fordern gemeinsam mit dem Verbraucherzentrale Bundesverband die Selbstkontrollorgane der Pharmaindustrie dringend auf, solche Geschäftsmethoden zu sanktionieren und dafür zu sorgen, dass sie künftig unterbleiben. Denn ein solches Vorgehen ist in höchstem Maß unethisch und unverantwortlich.

In dem konkreten Fall geht es um den Einsatz so genannter Insulinanaloge bei der Behandlung von Patienten mit Diabetes mellitus Typ 2. Für das Verschreiben zweier bestimmter Präparate des Herstellers bei 100 Patienten bietet dieser den Ärzten eine Zahlung von insgesamt 10.000 Euro an. Der Arzt wird laut Vertrag aufgefordert, „nach Beendigung des Forschungsvorhabens die Forschungsergebnisse in einem detaillierten Abschlussbericht zusammenzustellen“ und „Novo Nordisk Gelegenheit zur Stellungnahme und zu Ergänzungs- und Änderungsvorschlägen [zu] geben“, so dass Zweifel an der Unabhängigkeit der „Forschung“ bestehen.

Ansprechpartner für die Presse:

KBV

Dr. Roland Stahl,

Tel.: 030 4005-2201

E-mail: presse@kbv.de

BKK Bundesverband

Ann Hörath,

Tel.: 030 223 12- 0

E-mail: presse@bkk-bv.de

Verbraucherzentrale Bundesverband

Steffen Küßner,

Tel.: 030 25800-524

E-mail: presse@vzbv.de

Der Gemeinsame Bundesausschuss hat im Jahr 2006 entschieden, dass diese kurzwirksamen Insulinanaloga nur noch in wenigen Ausnahmen zu Lasten der gesetzlichen Krankenversicherung verordnet werden dürfen. Verschiedene Studien haben gezeigt, dass die Insulinanaloga keine therapeutische Verbesserung darstellen, aber deutlich teurer sind als das herkömmliche Humaninsulin. Abgesehen von der moralisch zweifelhaften Vorgehensweise von Novo Nordisk kann derzeit ein Gesundheitsrisiko für Patienten nicht hundertprozentig ausgeschlossen werden, weil Langzeituntersuchungen fehlen. Fest steht dagegen, dass eine Umstellung zahlreicher Patienten auf die wesentlich teureren Präparate - ohne dass ein erkennbarer Nutzen dies rechtfertigt - sowohl den Patienten als auch Versicherten, Krankenkassen und der Ärzteschaft insgesamt schadet.